

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riefa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Riefa 1530,
Verlag:
Riefa Nr. 52.

N. 99.

Donnerstag, 28. April 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Kätzigke Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

„Umgruppierung politischer Fronten.“

Die nervöse Spannung, die in politisch erregten Zeiten auch nichtern denkende Menschen befallt, tobt sich gegenwärtig in Berlin in einer wilden Gerichtenmacherei aus. Alle politischen und personellen Veränderungen, die sozusagen seit langer Zeit „sällig“ waren, werden hervorgeholt. Jeder weiß das neue und die meisten wissen in der Stunde nichts. Trotzdem soll auch an dieser Stelle auf einigermaßen verbürgte Nachrichten hingewiesen werden, die gegenwärtig von Mund zu Mund lauten und bereits auch in der Presse kolportiert werden. Das Interessante daran ist die Umgruppierung der politischen Fronten, die hinter den personellen Veränderungen sichtbar wird. Man müht sich, den richtigen Anknüpfen zu halten, und gerade die Wendungen sind darin den Langsameren um einige Kilometer voraus. Mit die größte Beachtung finden die Umgruppierungen, die der Hauptaktionär der „Germania“, der ehemalige Zentrumskandidat von Wachen, in seinem Verlage vornimmt. Es handelt sich hier nach unseren Informationen um ein sehr ernst gemeintes Experiment, das die „Germania“ von der bisherigen engen Bindung an den Kurs der Reichsregierung befreien möchte. Wachen gehört dem äußersten rechten Flügel des Zentrums an. Sein Traum ist ein überparteiliches national-katholisches Blatt, dessen besondere Sendung im gegenwärtigen Augenblick darin bestehen würde, einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten propagandistisch das Wort zu reden. Ob dem Großaktionär der „Germania“ diese Absicht gelingt, ist entgegen anders lautenden Meinungen bisher zweifelhaft. Die Einwirkungen Wachens auf den Kurs der „Germania“ sind bereits des öfteren zurückgewiesen worden, und es ist durchaus möglich, daß nach Rückkehr des Reichskanzlers auch diesmal der Vorstoß Wachens mißlingt. Tatsache bleibt allerdings das Ausscheiden des bisherigen Chefredakteurs des Blattes, Dr. Hubla, der nach einem schweren Unfall erst seit kurzem wieder aktionsfähig geworden ist. Wie man hört, soll Dr. Hubla in seinen alten Verlag, der das andere große Zentrumsblatt, die „Adolfische Volkszeitung“ herausgibt, zurückkehren. Da Dr. Hubla das besondere Vertrauen des Reichskanzlers besitzt, rechnet man damit, daß er für den bisherigen Chefredakteur der Berliner Redaktion der „Adolfischen Volkszeitung“, Dr. Orth die Vertretung in Berlin übernimmt. An Dr. Orths Namen knüpft sich die zweite interessante Personalveränderung. Der durch seine Ruhe und Sachlichkeit bekannte Journalist soll, wie man hört, die Leitung des Drahtlosen Nachrichtenbüros im Rundfunk, der sogenannten Dradag, erhalten. Der bisherige Chef der Dradag, der durch seine politische Wochenzeitschrift in weiten Kreisen bekannt gewordene Dr. Joseph Kämpfer, soll den Ausbau der außenpolitischen Redaktion des „Berliner Tageblatt“ übernehmen. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen. Es ist aber wahrscheinlich, daß der in letzter Zeit im Verlag Klose fast zum Ausdruck gekommene Wunsch, Personalveränderungen in den verantwortlichen Posten vorzunehmen, zu einer Einigung führt. Auch im Verlag Ullstein dürfte jetzt eine, wie wir annehmen möchten, bereits seit längerer Zeit „verleitet“ Umstellung vollzogen werden. Der bisherige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schäffer, beabsichtigt, seinen Posten aufzugeben und als Verlagsdirektor nach einem längeren Erholungsurlaub in die Reichstraße übersiedeln. Staatssekretär Dr. Schäffer hatte schon seit längerer Zeit keinen Hehl daraus gemacht, daß er nur noch bis zum Abschluß der Genfer Verhandlungen in seinem Amt bleiben wollte. Die Verbindung zwischen Dr. Schäffer und dem Verlag Ullstein ist auch insoweit interessant, als nach verbreiteten Gerüchten noch vor einiger Zeit Verhandlungen zwischen dem Verlag Ullstein und dem jetzigen Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Klein, zwecks Uebernahme eines wichtigen Chefredakteur-Postens gepflogen worden sein sollen. Es ist bisher nicht bekannt, ob diese Besprechungen endgültig abgebrochen sind und ob wirklich der Verlag Ullstein unter dem Einfluß jüngerer Kräfte jemals eine Kursveränderung nach rechts beabsichtigt hat.

Eine Erklärung der Verlagsabteilung der Germania.

Berlin. In den Gerüchten über redaktionelle und Besitzveränderungen bei der „Germania“ veröffentlicht das Blatt eine Erklärung der Verlagsabteilung, in der es unter anderem heißt, daß die „Germania“, seit dem sie sich in den Händen der jetzigen Besitzer befindet, unverändert in der alten Tradition der Gründer fortgeführt wurde, die sie als hauptstädtisches Zentralorgan der Deutschen Zentrumspartei einst sahen. In dieser ihrer Haltung wird selbstverständlich auch in Zukunft nicht geändert werden. Die gegenwärtige geistige Lage Deutschlands verlangt mehr als je die Sammlung und den entschlossenen Einmarsch aller politisch christlichen Kräfte. Auf diesem Wege liegt auch das große Ziel der Sammlung des leider vielfach politisch getrennten deutschen Katholizismus, welcher Aufgabe die „Germania“ sich in der Zukunft mit noch vermehrten Kräften widmen wird. Der Chefredakteur Dr. Ernst Hubla wird nach Ablauf eines längeren Urlaubs und Beendigung seines Vertrages nicht wieder in seine Stellung zurückkehren. Ueber die Neubesetzung des Postens ist noch keine Entscheidung getroffen.

In Genf gerät alles ins Stocken.

Tardieu sagt ab.

Paris. Die vielen Reden und Reisen der letzten Wochen haben den Ministerpräsidenten Tardieu so stark ermüdet, daß ihm die Kräfte vorläufig strengste Ruhe empfohlen haben. Tardieu ist ernstlich an einer Keuchhustenentzündung erkrankt. Er wird weder am Donnerstag in Velfort die beabsichtigte, große politische Rede halten, noch am Freitag, wie ursprünglich geplant, nach Genf reisen. Der Ministerpräsident hat sich infolgedessen gezwungen gesehen, an den händigen französischen Vertreter beim Völkerbund Paul Boncour folgendes Telegramm zu senden: „Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie den Herren Stimlon, MacDonald, Brüning und Grandi folgende Mitteilung machen würden: Als ich gestern von dem Wunsch meiner Kollegen erfuhr, mich am Freitag in Genf zu sehen, habe ich zugestimmt, obwohl ich bereits leidend war. Aber die starke Keuchhustenentzündung, an der ich leide, hat inzwischen derartige Fortschritte gemacht, daß meine Kräfte mir kategorisch die beiden Nachreisen untersagen. Sie verbieten mir ebenfalls, am Donnerstag in Velfort die politische Rede zu halten, die nunmehr durch einen meiner Regierungscollegen vertreten werden wird. Sie verlangen von mir bis auf weiteres vollkommene Ruhe. Ich bin selbst sehr unzufrieden damit, aber ich kann nichts dagegen machen. Ich bitte Sie, meinen Kollegen mein Bedauern auszusprechen.“

Genf. Die gestern nachmittag telefonisch hier eingetroffene Nachricht von der Erkrankung Tardieus und die Abgabe seiner zu Freitag früh angekündigten Rede nach Genf hat allgemein große Ueberraschung hervorgerufen, da die geistige Besprechung zwischen MacDonald, Stimlon und Brüning, die zahlreichen vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage ausschließlich der Vorbereitung der Besprechung am Freitag galten, in der zum ersten Male der Versuch einer Ueberbrückung der deutsch-französischen Gegensätze mit englisch-amerikanischer Vermittlung unternommen werden sollte. In den Nachmittagsstunden wurde der deutschen Abordnung telefonisch von der französischen Abordnung das Fernbleiben Tardieus mitgeteilt.

Genf. Nach der Abgabe Tardieus steht noch nicht fest, wann in Genf eine neue Zusammenkunft der führenden Staatsmänner der Großmächte stattfinden wird. Eine Teilnahme des amerikanischen Staatssekretärs wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, da Stimlon am Freitag abend Genf verläßt. Es ist aber fraglich, ob die in Genf angekündigte Vorbereitung der Lausanner Konferenz und beabsichtigte Klärung der in Lausanne zu behandelnden großen Probleme in Genf noch erreichbar ist. Die Lausanner Konferenz ist — das muß sachlich festgestellt werden — leblos auf die Abgabe Tardieus zurückzuführen. Es besteht in internationalen Kreisen übereinstimmend die Auffassung, daß die französische Regierung vor den Neuwahlen, die eine ganz andere Regierung ergeben können, entscheidende Verhandlungen in Genf einfach nicht wünscht. Unter diesen Umständen ist es gleichgültig, ob die ursprünglich vorgesehene Inangriffnahme der entscheidenden Abrüstungsfragen im Hauptansatz, besonders die Verhandlungen über die Fragen der Gleichberechtigung und der Internationalisierung der Waffen, wie vorgesehen, nach Pfingsten stattfinden wird.

Die Sammlungsbestrebungen im Bürgertum.

Berlin. Zum Anfall der Preußenwahlen und seinen Konsequenzen wird dem Nachrichtenbüro des VDN, in maßgebenden Kreisen der Wirtschaftspartei gesagt, daß die politischen Sammlungsbestrebungen im Bürgertum fortgesetzt werden und daß insbesondere das Zusammengehen auf berufständischer Basis vorerst zwischen Wirtschaftspartei und Landvolk schon weit gediehen sei. Die Tatsache, daß die Wirtschaftspartei im neuen Landtag kein Mandat erlangen konnte, führt man auf die vorangegangenen Streitigkeiten innerhalb der Partei und auf die Veräufnis zurück, rechtzeitig auch in den einzelnen Wahlkreisen Vitenverbindungen einzugehen. Auch habe der Reichspräsidenten-Wahlkampf die Wirtschaftspartei finanziell so stark belastet, daß die Preußenwahl nur schwach vorbereitet werden konnte. Der wiedergewählte Parteiführer Drewh sei eifrig dabei, den Organisations-Apparat der Partei neu zu errichten und die politischen Sammlungsbestrebungen im bürgerlichen Lager fortzusetzen. Notwendig sei aber, daß nun auch positive Maßnahmen gegen die den Radikalismus fördernde Wirtschaftskrise von der Reichsregierung ergriffen würden. Die Reichstagsabg. Drewh und Kollath haben sich beim Reichskanzler Dr. Brüning angemeldet und werden bald nach seiner Rückkehr von ihm empfangen werden. Sie wollen sich über seine Pläne unterrichten lassen und ihrerseits Vorschläge machen.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird dem Nachrichtenbüro des VDN, erklärt, daß auch die Deutsche Volkspartei die Fühlungnahme zur politischen Sammlung nie aufgegeben habe. Wenn auf diesem Gebiet oder etwas gesehen könne, dann sei es nicht die Zusammenlegung mehr oder weniger bankrotter Firmen, sondern die Schaffung einer bürgerlichen Einheit, die sowohl in den Grundanschauungen wie in den Fragen der Taktik einer Meinung

Englands Ansicht über Genf

In maßgebenden englischen Kreisen hat man gestern abend zu der Lage auf der Abrüstungskonferenz und den Genfer Verhandlungen vor Vertretern der Presse ausführlich Stellung genommen. Es wird erklärt, die unglückliche Erkrankung Tardieus sei tief zu bedauern.

Für England liegt naturgemäß das Hauptinteresse an der Abrüstungskonferenz in der Flottenfrage. Es wird darauf hingewiesen, daß England, ohne die Abrüstungskonferenz abzuwarten, in seiner Hauptwaffe — der Flotte — bereits einen Beitrag zur Abrüstung geliefert habe.

Enttäuschung herrscht auch in hiesigen englischen Kreisen über das Zögern Frankreichs, den Londoner Dreimächtevertrag beizutreten und ihn durch den sich anschließenden Beitritt Italiens zu einem Fünfmächtevertrag zu machen. Die englische Regierung unternehme seit der Londoner Konferenz ungefähr jeden Monat den Versuch, dieses Ziel irgendwie zu erreichen. Leider habe sie damit bisher noch keinen Erfolg gehabt. Es wird in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet, England könne eines Tages genötigt sein, aus Gründen der Sicherheit und des Gleichgewichts auf die im Londoner Abkommen vorgesehenen Möglichkeiten der Verstärkung der Flotte aufmerksam zu machen. Wenn nicht alle Nationen den guten Willen hätten, abzurufen, so könne nicht erwartet werden, daß ein Land allein seine Militärkräfte verringert.

Hinsichtlich der Lausanner Konferenz ist man sich auch in englischen Kreisen über die zu überwindenden Schwierigkeiten klar. Man hat aber aus den bisher hier geführten inoffiziellen Besprechungen den Eindruck, daß die großen Probleme mit gutem Willen und gesundem Verstand gelöst werden können. Es handelt sich aber um eine Lösung, und nicht um eine Verleibung dieser Probleme. Ein Aufschub würde keinen Nutzen bringen. Man bekundet in englischen Kreisen die Entschlossenheit, unter Verzicht auf jede Zwischenlösung eine Regelung von Grund auf vorzunehmen. Es werde hoffentlich möglich sein, daß auch andere Regierungen ihre Deffektivität über die Notwendigkeiten der Lage und die wohlverstandenen dauernden Interessen der einzelnen Länder aufzuklären.

Reparationsfrage wurde in Genf noch nicht besprochen.

Berlin. Verschiedentlich war berichtet worden, daß die Unterhaltungen der führenden Staatsmänner in Genf, insbesondere die verschiedenen Konferenzen, die Reichskanzler Dr. Brüning mit Staatsmännern anderer Nationen hatte, sich auch mit der Reparationsfrage beschäftigt hätten. Diese Meinung wird an maßgebender Berliner Stelle dementiert. Es wird erklärt, daß die Staatsmänner nicht über die Reparationsfrage, sondern lediglich über die Abrüstungsfrage verhandelt hätten. Reichskanzler Dr. Brüning habe dabei den unveränderten deutschen Standpunkt auf gleichberechtigter Behandlung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und auf Anpassung der Rüstungen der anderen Nationen an den deutschen Rüstungsstand entschieden vertreten.

sei und mit neuem Kampfesmut besetzt wäre. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei wird in der nächsten Woche zusammentreten.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei

hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der die politische Lage besprochen wurde, insbesondere auch der Ausweg der Länderwahlen und die eventuellen Rückwirkungen einer Umbildung der Preußenregierung auf die Reichsregierung.

Die Wirtschaftspartei, das kam in der Fraktionsübung zum Ausdruck, sieht vorläufig keinen Anlaß, die von ihr betriebene Mitunterstützung der Regierung Brüning aufzugeben. Allerdings verlange sie, daß nach Abschluß der Reparationskonferenz entscheidende Maßnahmen zu dem inneren Aufbau der Wirtschaft unternommen würden. Diese Auffassung würden die Führer der Wirtschaftspartei schon zu Beginn der nächsten Woche dem Reichstagsfraktion vortragen.

Deute nachmittag tritt der Gesamtparteivorstand der Wirtschaftspartei im Reichstag zusammen, wo besonders die jüngsten Wahlkreisleiter eine Kritik zu erwarten haben, die es veranlassen, zu den Preußenwahlen rechtzeitig Vitenverbindungen in ihren Kreisen zur Rettung der Stimmen einzugehen.

Der Haushaltsausblick des Reichstages

lehnte heute die Aussprache über die Haushaltsrechnung 1930 fort. Beim Etat des Reichstages wurde eine baldige Ermäßigung der Pauschale für die Freifahrt der Abgeordneten gefordert. Desgleichen wurde die Beibehaltung der Herausgabe der Veröffentlichungen des Unterausschusses gewünscht.